

(Gute) Arbeit

Mindestlohn: Deutliche Zuwächse für Beschäftigte in den meisten EU-Ländern – Deutschland fällt mit Mini-Anhebung zurück

Hans-Böckler-Stiftung

18.02.2025 Internationaler Mindestlohnbericht des WSI Mindestlohn: Deutliche Zuwächse für Beschäftigte in den meisten EU-Ländern – Deutschland fällt mit Mini-Anhebung zurück Fast überall in der Europäischen Union sind die Mindestlöhne zum Jahresanfang gestiegen. Für Mindestlohnbeziehende kamen dabei zwei günstige Entwicklungen zusammen: Zum einen fielen die Erhöhungen meist kräftig aus. Im Mittel (Median) betrug die nominale Steigerung gegenüber dem Vorjahr 6,2 Prozent. Zum anderen ist die Inflation gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Verlauf des Jahres 2024 europaweit zurückgegangen.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847634>

Wie stehen die Menschen dazu, dass KI Arbeitsplätze ersetzt?

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

Die Ängste gegenüber dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) am Arbeitsplatz unterscheiden sich je nach Beruf und Land erheblich. Das haben Forschende unter Leitung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in einer repräsentativen Studie herausgefunden. Die Forschenden untersuchten die Einstellungen der Bevölkerung in 20 Ländern zur Nutzung von KI in sechs Tätigkeitsfeldern – darunter Medizin, Justiz und Journalismus. Die Ergebnisse, die in der Fachzeitschrift *American Psychologist* veröffentlicht wurden, können dabei helfen, vorherzusagen, wie neue KI-Entwicklungen in verschiedenen Ländern aufgenommen werden, und Bedenken auf fundierte und kulturell sensible Weise zu adressieren.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847808>

IAB-Arbeitsmarktbarometer fällt deutlich unter den europäischen Wert

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Das IAB-Arbeitsmarktbarometer verzeichnet im Februar den sechsten Rückgang in Folge. Der Frühindikator des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sinkt um 0,4 Punkte im Vergleich zum Vormonat und liegt damit bei 98,3 Punkten. Das European Labour Market Barometer hingegen steigt das erste Mal seit fünf Monaten und liegt im Februar bei 99,5 Punkten.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news848065>

Klima & Sozial-ökologische Transformation

Sozialökologisches Panel: Bevölkerung bevorzugt den Ausbau erneuerbarer Energien und der Netze statt eines Klimageldes

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Die CO₂-Bepreisung fossiler Brenn- und Kraftstoffe hat das Potenzial, ein effektives und weithin akzeptiertes Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels zu sein. Wie aber sollten die daraus resultierenden Einnahmen verwendet werden? Eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung spricht sich dafür aus, diese Mittel gezielt in den Ausbau der Netze und der Erneuerbaren zu investieren. Eine jährliche Rückzahlung der Einnahmen, wie sie mit dem Klimageld geplant ist, genießt unter den Befragten indes eine geringere Zustimmung, wenngleich die Zustimmung dazu über die Jahre gestiegen ist.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847229>

Digitalisierung & KI

Mehrheit für Moderation auf Social-Media-Plattformen

Technische Universität München

Die meisten Menschen wünschen sich die Einschränkung von problematischen Inhalten wie Gewaltandrohungen oder Diffamierungen in den sozialen Medien. Das gilt auch für die USA, wo mehrere Social-Media-Plattformen zuletzt ihre Regularien in Richtung einer uneingeschränkten

Meinungsfreiheit geändert haben. Allerdings ist die Mehrheit der Nutzerinnen und Nutzer der Auffassung, dass Intoleranz und Hass in sozialen Medien inzwischen unvermeidlich sind. Dies zeigt eine groß angelegte Umfrage der Technischen Universität München (TUM) und der University of Oxford in zehn Staaten in Europa, Amerika, Afrika und Australien. Die Studie macht auch Unterschiede zwischen den Ländern deutlich.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847269>

Politik & Gesellschaft

Studie der Hochschulen Osnabrück und Bremen zeigt: Niedersächsische Verwaltungen durch Reichsbürger*innen gefordert

Hochschule Osnabrück

Die Hochschulen Osnabrück und Bremen untersuchten unter der Leitung von Prof. Dr. Rainer Lisowski die Probleme niedersächsischer Kommunen mit Reichsbürger*innen. Die Umfrage unter 155 Verwaltungseinheiten ergab, dass über 90 Prozent bereits betroffen waren, oft begleitet von Aggression, Gewaltandrohungen und hohem Mehraufwand

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847263>

Die Qualität des Nahverkehrs: eine Deutschlandkarte

Universität Konstanz

Eine interaktive Karte zeigt für jedes Haus in Deutschland, wie gut es an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen ist. Die von Informatikern der Universität Konstanz entwickelte Karte ermöglicht faktenbasierte Simulationen für politische Fragestellungen – oder hilft einfach bei der Einschätzung der eigenen Wohngegend.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847311>

Wenn Politik zum Risikofaktor wird – wie das politische Klima die Gesundheit migrantischer Azubis beeinflusst

Universität Konstanz

Eine neue Studie des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz untersucht die Auswirkung rechtspopulistischer Wahlergebnisse auf das gesundheitliche Wohlbefinden und die Integration migrantischer Auszubildender. Die Ergebnisse zeigen, dass die regionale Unterstützung für die AfD eine entscheidende Rolle bei Diskriminierungserfahrungen und

deren gesundheitlichen Folgen für migrantische Arbeitnehmer*innen spielt.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847448>

Generation Z: Erwerbsbeteiligung der 20- bis 24-Jährigen klettert auf den höchsten Stand seit Jahrzehnten

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Die Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen ist seit 2015, als der erste Jahrgang der Generation Z in diese Altersgruppe vorrückte, um über 6 Prozentpunkte auf rund 76 Prozent überdurchschnittlich gestiegen. Der Anstieg ist vor allem auf eine zunehmende Erwerbsbeteiligung unter Studierenden zurückzuführen. Dies zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die am Montag veröffentlicht wurde.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847579>

Mehrheit für Vorgehen gegen Online-Hassrede, doch weitergehende Konsequenzen sind umstritten

Universität Mannheim

Wie umgehen mit Hass und Hetze im Netz? Eine internationale Studie zeigt starken öffentlichen Rückhalt für Regulierung, doch was als Hasskommentar wahrgenommen wird, variiert oft je nach individuellem Standpunkt.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847720>

Bevorzugte Twitter die Tweets rechter Politiker? Internationale Studie dazu endet unfreiwillig 2023

Universität des Saarlandes

Der Wissenschaft bieten soziale Netzwerke einen reichen Datenfundus. So hat eine Forschergruppe der Universität des Saarlandes die Twitter-Konten von rund 8600 Politikern in zwölf Ländern ausgewertet. Das Team um Humboldt-Professor Ingmar Weber ging der Frage nach, ob Twitter zwischen 2021 und 2023 die Tweets von Politikern aus dem rechten Spektrum bevorzugt hat. Die Antwort für diesen Zeitraum lautet knapp: Nein. Im Juni 2023 sperrte Elon Musk dann den kostenlosen Datenzugang für die Forschung.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847712>

we sis.org: Early Access zum neuen Informationssystem mit Daten zu globalen Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik

SFB 1342 "Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik"

Mit WeSIS hat der SFB "Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik" der Universität Bremen ein interaktives webbasiertes Informationssystem veröffentlicht. Es bietet umfassende Daten zur Beschreibung und Erklärung von Sozialpolitik weltweit.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847944>

Polarisierung trotz Stabilität: Wie sich Wahlen seit 2017 verändert haben - Studie der FU Berlin

Freie Universität Berlin

Unmittelbar vor der Bundestagswahl 2025 wirft eine neue Studie der Freien Universität einen Blick zurück: Was hat sich in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland verändert? Was nicht? Und wie nehmen die Menschen diese Veränderungen wahr? Wie ändert sich ihr Blick auf zentrale Elemente der Demokratie, etwa Wahlen und Parteien?

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847906>

Bielefelder Konfliktmonitor: Mehrheit sieht Zunahme an Konflikten und keine Lösungen

Universität Bielefeld

Viele Themen beunruhigen Bürger*innen – nicht nur Migration und Sicherheit Jede zweite befragte Person hält die Demokratie in Deutschland für instabil, nur 22 Prozent der Befragten nehmen sie als stabil wahr und 73 Prozent meinen, es gelingt nicht mehr die Konflikte zu lösen. Welche Konfliktthemen Bürger*innen in Deutschland besonders beschäftigen, zeigt der erste Konfliktmonitor der Konfliktakademie (ConflictA) an der Universität Bielefeld. An der Online-Befragung nahmen 2.900 Personen teil.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news847845>